

Deutschland und Polen

PAUL ROTH

Anfang Mai dieses Jahres, kurz vor dem Antritt seiner Romreise, vollzog Kardinal Wyszynski in Czenstochau vor mehr als 250000 Gläubigen die Erneuerung der Weihe Polens an die Muttergottes. Diese feierliche Handlung gehört zu den Vorbereitungen der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens, die im Jahr 1966 begangen werden wird. Im Jahr 966 nahm der Piastenherzog Mieszko I. den christlichen Glauben an, und zwar, was für die ganze spätere Geschichte Polens von entscheidender Bedeutung gewesen ist, in der lateinischen Form. Der erste russische Staat mit dem Mittelpunkt Kiew erhielt dagegen im Jahr 988 unter Wladimir dem Heiligen das Christentum aus Byzanz. Damit war über ein Jahrtausend hin ein Gegensatz zwischen Polen und Rußland gesetzt, der sich kurz auf die Formel bringen läßt, daß Polen zu Europa gehört, Rußland aber nicht. Denn im Zusammenhang mit der verschiedenen geistigen Grundlage lebten Polen und Rußland im Mittelalter und bis weit in die Neuzeit hinein politisch und kulturell in Gegensätzen, bis das erstarkende Moskowien Polen überwältigte. Europa — und damit auch Polen — erlebte die Kreuzzüge, die Renaissance, den Humanismus, die Reformation, das durch Gotik und Barock geprägte Geistesleben; es bildete trotz mancher innerer Zwistigkeiten eine auf griechisches, römisches und germanisches Denken gegründete geistige Einheit, erfüllt von dem Christentum, das in Rom seinen Mittelpunkt hatte. Alles das ist Rußland fremd geblieben. Zu dieser Entfremdung trug bei, daß es zweihundertfünfzig Jahre unter der Herrschaft der aus Ostasien gekommenen Mongolen stand.

Das Jahrtausend der Geschichte des polnischen Christentums deckt sich fast genau mit dem Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungen. Das Reich Karls des Großen reichte im Osten nur bis zur Elbe und Saale. Dort waren seine Nachbarn slawische Stämme, vor allem die Elbslawen, die in diese Gebiete langsam eingesickert waren, nachdem die germanischen Völkerschaften, die vorher dort ihre Sitze hatten, in der Völkerwanderung abgezogen waren. Die Sachsenkaiser begannen dann im 10. Jahrhundert, das Reichsgebiet nach Osten hin auszudehnen, was innerlich und äußerlich mit dem Ziel verbunden war, die noch heidnischen Slawen zu christianisieren. Neu eroberte Gebiete wurden durch die Errichtung von Marken gesichert. Die Markgrafen unternahmen ihrerseits weitere Vorstöße, und hierbei eroberte der bedeutende Markgraf Gero im Jahr 963 die Lausitz. Diese gehörte zu

dem Staat des polnischen Herzogs Mieszko I. aus dem Geschlecht der Piasten, dessen Übertritt zum Christentum bereits erwähnt wurde. Mieszko wurde damit dem deutschen Kaiser Otto dem Großen tribut- und lehnspflichtig. Von der Entstehung des polnischen Staates wissen wir nur, daß sie sich um die Mitte des 10. Jahrhunderts an der mittleren Warthe und der oberen Weichsel vollzogen hat. Mieszko selbst ist vielleicht, wie der erste russische Fürst Rurik, normannischer Herkunft gewesen.

So war die erste historische Berührung zwischen Deutschen und Polen ein kriegerischer Zusammenstoß. Aber daraus entwickelte sich bald, wie es der hervorragende Erforscher der polnischen Frühgeschichte Brackmann ausdrückt, eine „engste deutsch-polnische Bundesgenossenschaft“, und die Chronisten der damaligen Zeit nennen Herzog Mieszko einen „amicus imperatoris“, einen Freund des Kaisers Otto des Großen. Diese Freundschaft und Bundesgenossenschaft bewährte sich, als nach dem Tod Ottos des Großen im Jahr 983 ein furchtbarer Aufstand der Elblawen ausbrach, in dem Mieszko I. mit der kaiserlichen Regierung ein Bündnis zur Niederwerfung dieses Aufstandes schloß und es in mehreren Feldzügen getreulich ausführte. Kaiser Otto III. zog mit Herzog Mieszko 986 und 991 zu Felde und, als Mieszko 992 gestorben war, im Jahre 995 mit dessen Sohn Boleslaw dem Tapferen. Diese frühesten deutsch-polnischen Beziehungen widerlegen also die irrig, aber weit verbreitete Ansicht, zwischen dem polnischen Staat und dem deutschen Reich habe von jeher ein Gegensatz bestanden, ja Deutsche und Polen seien als Erbfeinde anzusehen. Dies trifft nicht einmal für die Zeit zu, als der polnische Staat unter den Piasten im wesentlichen eine Ausdehnung nach Westen anstrebte, während nach der Vereinigung Polens und Litauens durch die Heirat der polnischen Königin Hedwig mit dem Großfürsten Jagiello von Litauen im Jahr 1386 die „jagiellonische“ Staatsidee das Vordringen Polens nach dem Osten zum Ziel hatte. Es ist aber kennzeichnend, daß noch zur Piastenzzeit, im 12., 13. und 14. Jahrhundert, deutsche Bauern und Bürger auf Einladung polnischer Könige und Fürsten zu Tausenden in Polen einwanderten und dort zahlreiche Städte und Dörfer gründeten.

Es hat seine besonderen Gründe, daß Polen in eben dieser Zeit in einen scharfen Konflikt mit dem deutschen Ordensstaat geriet. Herzog Konrad von Masowien hatte im Jahr 1225 den Deutschritterorden gegen die benachbarten heidnischen Bewohner Ostpreußens, die Pruzzen, zu Hilfe gerufen. Die Ordensritter kamen und befreiten den polnischen Herzog durch die Eroberung und Unterwerfung des Preußenlandes von dieser Bedrohung. Aber sie begnügten sich nicht mit den ihnen als Belohnung versprochenen Gebieten, sondern sie eigneten sich auch das polnische Westpreußen an und schufen schließlich einen starken, wohlgeordneten Staat, der sich über das Baltikum nach Norden bis zum Peipussee erstreckte. So entstand eine gefährliche Rivalität und schließlich eine erbitterte Feindschaft, die in Polen die „teutonischen Kreuzritter“ geradezu verhaßt machte. Einer der Gründe

des Zusammenschlusses Polens mit Litauen lag in dem Wunsch, dem Ordensstaat stärker gegenüberzutreten zu können. In dem Ringen siegte am Ende Polen. Die Schlacht bei Tannenberg im Jahr 1410 ist zwar nicht das Ende, aber der Wendepunkt dieses Ringens. Aber wie falsch es ist, in diese Kriege den Gedanken eines deutsch-slawischen Rassenkampfes hineinzulegen, geht schon daraus hervor, daß gegen den Orden auch deutsche Landadlige, Städte und selbst Bischöfe Ostpreußens auf die polnische Seite traten, da sie gegenüber der strengen Ordensherrschaft die polnischen „Freiheiten“, die Adelsprivilegien der polnischen Schlachta, anstrebten.

Nicht zu vergessen ist dabei, daß die polnischen Beziehungen zu dem Deutschritterorden ihren Ausgangspunkt in einem deutsch-polnischen Zusammengehen und in einem gemeinsamen Eintreten für die Ausbreitung des Christentums hatten. Derartige gemeinsame deutsch-polnische Aktionen, und zwar zum Schutz höherer europäischer Interessen, hat die Geschichte wiederholt aufzuweisen. Im Jahr 1241 kämpfte bei Liegnitz in Schlesien ein deutsch-polnisches Ritterheer unter der Führung des deutschen Ordensmeisters Konrad von Feuchtwangen und des schlesischen Piastenherzogs Heinrichs des Frommen gegen ein aus Asien nach Europa eingedrungenes Mongolenheer, und im Jahr 1683 hatte ein polnisches Heer unter König Sobieski rühmlichen Anteil an der Befreiung Wiens von den Türken. Bezeichnend ist es auch, daß zweimal sächsische Kurfürsten zu Königen von Polen gewählt wurden, August der Starke (1687—1733) und sein Sohn Friedrich August III. (1734 bis 1763). Verdienste um Polen haben sie sich allerdings kaum erworben. Trotzdem wurde in der berühmten polnischen Konstitution vom 3. Mai 1791 vorgesehen, daß das sächsische Kurhaus die polnische Königswürde erblich übernehmen sollte. Auch Brandenburg-Preußen wurde mehrmals der polnische Königsthron angeboten, so im Jahr 1796 durch den bekannten polnischen General Dombrowski, dessen Erinnerung durch den Dombrowskimarsch „Noch ist Polen nicht verloren“ heute noch lebendig ist. König Friedrich Wilhelm II. lehnte aber aus politischen Gründen ab.

Alles das sind geschichtliche Tatsachen, die zeigen, daß von einer Erbfeindschaft zwischen Polen und Deutschen, die selbst ein Historiker wie Johannes Haller annimmt, nicht die Rede sein kann. Auch die Teilnahme Preußens und Österreichs an den Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 rechtfertigt eine solche Auffassung nicht. Diese waren gewiß ein Akt kalter Staatsräson, der sich geschichtlich bitter gerächt hat. Aber die Ursache, die Friedrich den Großen bestimmte, die erste Teilung anzuregen, war die Gefahr, daß Rußland, in dessen Gewalt sich Polen schon seit langem befand — seit 1717 standen russische Truppen auf polnischem Boden — ganz Polen annectieren würde. Aber die Worte der großen Fürstin auf dem Thron Österreichs, Maria Theresia, verdienen festgehalten zu werden, die sich zwar aus politischen Gründen der Beteiligung an der ersten Teilung Polens nicht entziehen konnte, die aber an einen ihrer Söhne schrieb: „Wolle Gott, daß ich nicht dereinst in jener Welt dafür zur Verantwortung gezogen werde.“

Die Teilungen Polens bedeuteten aber nicht nur die Zerstückelung und schließlich das Ende dieses Staates, sondern auch einen schweren Verlust für Europa. Durch die Vereinigung mit Litauen, das dreimal größer war als Polen, war dieser Staat weit nach Osten vorgedrungen und hatte dort den Geist der europäischen Kultur und das römische Christentum verbreitet. Die heidnischen Litauer wurden katholisch, und die damals zu Litauen gehörenden weißrussischen und ukrainischen Gebiete gerieten unter polnischen Einfluß. Freilich wurden sie nur zum kleinen Teil polonisiert und katholisiert. Immerhin wandten sich vor allem in Ostgalizien Millionen der orthodoxen Bevölkerung in der Form der unierten Kirche dem katholischen Glauben zu. Mit der Aufteilung Polens verlor Europa dieses Vorfeld. Es ist charakteristisch, daß die Russen jedesmal, wenn sie diese polnischen Ostgebiete in die Hand bekamen, die unierte Kirche ausrotteten; das tat Katharina II. ebenso wie Stalin.

Nach der Episode des von Napoleon geschaffenen Großherzogtums Warschau nahm der Wiener Kongreß die vierte Teilung Polens vor. Der Hauptteil kam an Rußland, das sich die Ostgebiete einverleibte, während das Gebiet der mittleren Weichsel als „Kongreßkönigreich“ mit dem Zarentum in Personalunion verbunden wurde. Preußen erhielt das Posener Gebiet, das sogenannte Großpolen — Westpreußen hatte es auch zur Zeit des Großherzogtums Warschau behalten —, und Österreich Kleinpolen, das ist Galizien. So bestand Polen, abhängig und geteilt, über hundert Jahre, und es ist eine erstaunliche Leistung des polnischen nationalen Bewußtseins, in dieser Zeit das Ziel eines wiedervereinten Polens nie aus den Augen verloren und den völkischen Bestand des Polentums gewahrt zu haben. Die Zuteilung der polnischen Teilgebiete an drei verschiedene Staaten barg natürlich die Gefahr von Gegensätzen und Konflikten mit diesen Staaten in sich. Aber erst später kam es zu solchen Konflikten mit der preußisch-deutschen Herrschaft, während sich zunächst zwischen Deutschen und Polen eine freundschaftliche Sympathie entwickelte, die dem von beiden Völkern geführten Freiheitskampf entsprang. Es war das die Zeit, in der in Deutschland um Einheit und Verfassung gerungen wurde, während die Polen in Rußland in den blutigen Aufständen der Jahre 1830/31 und 1863 für ihre Rechte eintraten. Weite Kreise des deutschen Volkes sahen in diesen Kämpfen eine innere Gemeinschaft, und nach den beiden polnischen Aufständen, besonders nach dem ersten, ging durch Deutschland eine Polenbegeisterung, die in Gedichten und Liedern von Lenau, Uhland, Platen, Anastasius Grün, Börne, Herwegh und vielen anderen zum Ausdruck kam. Typisch ist in diesem Zusammenhang folgende historische Episode: Der an verschiedenen polnischen Aufständen beteiligte Mieroslawski war im Jahr 1847 in Posen wegen seiner hochverräterischen Betätigung verhaftet und danach in Berlin zum Tod verurteilt worden. Nach der Märzrevolution von 1848 wurde er begnadigt und freigelassen. Mit einer schwarz-rot-goldenen Kokarde nahm er an dem Zug zum Berliner Schloß teil und hielt von der Rampe der Universität aus eine

flammende Rede, in der er zu einem gemeinsamen deutsch-polnischen Krieg gegen Rußland aufrief. Tatsächlich bestand damals vorübergehend bei der preußischen Regierung — nicht bei dem König — Neigung für einen solchen Krieg.

Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte dann die verhängnisvolle Entwicklung einer deutsch-polnischen Feindschaft ein. Über die Entstehung dieser Feindschaft schreibt von Nell-Breuning in seiner Abhandlung über den Nationalismus:

„Bis 1945 standen Polen und Deutsche in enger Raumbegemeinschaft. Eine strenge Abgrenzung der Volkstumsgrenzen war nie vorhanden. Der rund tausend Jahre währende Einfluß des Deutschtums auf die geistige und materielle Entwicklung des polnischen Volkes durch Christianisierung und Kultivierung, durch Recht und Kunst, durch Städtegründung und Aufbau von Gewerbe und Handel wird heute vom polnischen Nationalismus in Abrede gestellt. Der erst im 19. Jahrhundert entstandene polnisch-deutsche Gegensatz ist nicht zuletzt psychologischer Natur, kann nur mit geistigen, nicht allein mit politischen Mitteln überwunden werden.“¹

Danach spielt für die Entwicklung des deutsch-polnischen Gegensatzes die historisch bedingte völkische Gemengelage eine Rolle; die barbarischen Methoden der Austreibung und Verschleppung ganzer Völker oder Volksteile, wie sie Hitler und Stalin handhabten, kannte man noch nicht. Dies allein hätte aber ein friedliches Zusammenleben nicht ausgeschlossen, wenn nicht die schlimmste geistig-politische Strömung des 19. Jahrhunderts die Beziehungen zwischen den beiden Völkern vergiftet hätte, der Nationalismus, wie er im Alldeutschtum einerseits, im Panslawismus andererseits zum Ausdruck kam und schließlich im Nationalsozialismus zu einem verbrecherischen Wahnsinn degenerierte.

In Österreich hatten die Polen — nach anfänglichen Konflikten — keinen Anlaß, eine staatsfeindliche Haltung einzunehmen. Sie erfreuten sich vielmehr in dem Kronland Galizien einer politischen und nationalen Autonomie, so daß sie am Ende zu einem staatserhaltenden Faktor der Habsburgischen Monarchie wurden. Eigenartig verlief die Entwicklung in Rußland. Trotz der beiden heroischen polnischen Aufstände kam es am Ende des vorigen Jahrhunderts zu einer polnisch-russischen Annäherung, wobei das wirtschaftliche Interesse Kongreßpolens an dem riesigen russischen Hinterland eine Rolle spielte. Roman Dmowski entwickelte das Programm dieser von der Nationaldemokratie vertretenen Richtung, ein antideutsches und antisemitisches Programm, das auf eine Vereinigung aller polnischen Gebiete im Rahmen des russischen Reiches hinauslief, von dem man die Gewährung einer weitgehenden Autonomie erhoffte.

¹ In „Wörterbuch der Politik“, Heft V, Gesellschaftliche Ordnungssysteme, Sp. 300/301.

In Deutschland aber ist die Entwicklung charakterisiert durch die preußische Ostmarkenpolitik, die Kampfmaßnahmen der preußischen Regierung mit dem Ziel, durch planmäßige Siedlung das Deutschtum in den Ostprovinzen zu stärken und das Polentum zurückzudrängen. Aber das wirtschaftlich und völkisch erstarkende Polentum setzte sich mit Erfolg zur Wehr; der Haß auf beiden Seiten wuchs. Dann kam der erste Weltkrieg, der Krieg, den Polens größter Dichter Adam Mickiewicz um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mit dem Gebet herbeigefleht hatte: „Um den allgemeinen Krieg bitten wir Dich, o Herr, für die Freiheit der Völker!“ Polen hatte dabei das unerhörte Glück, daß alle drei Teilungsmächte zusammenbrachen.

Zuvor stand Kongreßpolen aber vom Sommer 1915 bis zum Kriegsende unter der Okkupation der Mittelmächte, die in einer Proklamation vom 5. November 1916 ihre Absicht verkündeten, aus den der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten „einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden“. Der Aufbau eines solchen Staates² wurde auch — mit den durch die Okkupationsverhältnisse und die Kriegszeit bedingten Hemmungen — betrieben und im Oktober 1917 sogar ein Regentschaftsrat eingesetzt, bestehend aus dem Erzbischof Kakowski, dem Fürsten Lubomirski und dem Grafen Ostrowski. Die Niederlage der Mittelmächte hatte jedoch zur Folge, daß die Entstehung des neuen polnischen Staates³ im Sinn der westlichen Siegermächte geschah, wobei das Programm Dmowskis eine große Rolle spielte. Aber auch wenn die Mittelmächte gesiegt hätten, wäre ihnen eine befriedigende und dauernde Lösung der polnischen Frage nicht möglich gewesen. Denn eine solche hätte in jedem Fall die Vereinigung aller polnischen Gebiete erfordert, während doch die Abgabe der polnischen Teile Preußens durch ein siegreiches Deutschland nicht in Frage gekommen wäre.

Das Deutsche Reich hatte sich mit den 14 Punkten des Präsidenten Wilson als Grundlage eines Friedensschlusses einverstanden erklärt, deren 13. die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates aus allen Gebieten mit unbestritten polnischer Bevölkerung und mit einem freien Zugang zum Meer forderte. Man war aber in Deutschland allgemein überzeugt, daß der Versailler Vertrag bei der Zuteilung deutschen Gebiets an Polen über diese Grundsätze hinausgegangen und Deutschland gegenüber ungerecht war. Diese Auffassung bezog sich vor allem auf den „Korridor“, der ohne Abstimmung an Polen abgetreten werden mußte, und auf Oberschlesien, das, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, trotz einer sechzigprozentigen Abstimmungsmehrheit für Deutschland geteilt wurde. So schuf der Versailler Vertrag von vornherein einen Gegensatz zwischen Deutschland und Polen, was wohl auch das Ziel Clémenceaus war, so wie 25 Jahre später Stalin dasselbe Ziel in viel brutalerer Weise mit der Oder-Neisse-Linie verfolgte. Trotzdem normalisier-

² Hierzu: *Paul Roth*, Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation, Leipzig 1919.

³ Hierzu: *Paul Roth*, Die Entstehung des polnischen Staates, Berlin 1926.

ten sich nach anfänglichen Reibungen die deutsch-polnischen Beziehungen, wenn auch freilich die Lage der deutschen Minderheit in Polen einen ständigen Konfliktsstoff bildete. Eine gewaltsame Änderung der deutsch-polnischen Grenzen lag nicht im Rahmen der Politik der Weimarer Regierung, die auch im Locarno-Pakt 1925 eine feierliche Verpflichtung in diesem Sinn einging. Wohl aber war sie bemüht, im Ausland Verständnis dafür zu wecken, daß diese Grenzen ungerecht und revisionsbedürftig seien, wobei im Hintergrund die in der Völkerbundspakte vorgesehene Möglichkeit der Änderung von Verträgen stand. Polen seinerseits suchte sich durch Verträge mit Frankreich, den baltischen Staaten, Rumänien und schließlich auch mit der Sowjetunion zu sichern. Innenpolitisch fand Polen keine Konsolidierung und verfiel infolgedessen einem autoritären Regime, wie es sich nach den Erschütterungen des ersten Weltkriegs in vielen europäischen Staaten, von Spanien bis zur Türkei, durchsetzte. Pilsudski, der im Gegensatz zu Dmowski und der Nationaldemokratie antirussisch eingestellt und bei Kriegsbeginn mit seinen Schützenverbänden aus Galizien in Kongreßpolen eingerückt war, galt im Land als Vorkämpfer der Unabhängigkeit und als nationaler Held. Im Jahr 1926 riß er durch einen Staatsstreich die Macht an sich und wurde tatsächlich Diktator. Nach seinem Tod im Jahr 1935 setzten seine Freunde, die sogenannte Oberstengruppe, dieses Regime fort.

Inzwischen waren in Deutschland Hitler und der Nationalsozialismus an die Macht gekommen, ein Regime, das zwölf Jahre lang Verbrechen auf Verbrechen häufte, Deutschland, Europa, ja die ganze Welt in ein Meer von Blut und Tränen stürzte und dessen Auswirkungen noch heute verhängnisvoll nachwirken; ist doch gerade der Aufstieg der Sowjetunion zum Rang einer Weltmacht eine Folge der Politik Hitlers. Was Polen und Osteuropa anbetrifft, so war die Politik Hitlers von seinem Rassengedanken bestimmt. Diese Gebiete sollten der deutschen Herrenrasse für die Kolonisation zur Verfügung gestellt werden. Ihre Oberschicht sollte ausgerottet, die verbleibende und in Grenzen zu haltende Bevölkerung zum Frondienst verwandt werden. Dieser Plan läßt sich schon aus Hitlers Buch „Mein Kampf“ entnehmen, und mit nackter Brutalität äußerte sich Hitler hierüber im engeren Kreis. Der Staatspräsident von Danzig, Hermann Rauschning, der in dieser Stellung in naher Verbindung mit Hitler und den Führern des Nationalsozialismus stand, bis er 1934 mit diesem Regime brach und emigrierte, hat in seinem Buch „Gespräche mit Hitler“ erschreckende dokumentarische Zeugnisse hierzu aus den Jahren 1932—34 festgehalten. Wir lesen hier — um nur einige Beispiele zu geben — unter anderem: „Hier, im slawischen Osten, heißt es nur Herrschaft des deutschen Rassenbewußtseins über eine ewig zum Dienen und zum Gehorsam bestimmte Masse“, oder: „Alle Abmachungen mit Polen haben nur vorübergehenden Wert. Ich denke gar nicht daran, mich ernstlich mit Polen zu verständigen.“⁴ Diese Äußerung Hitlers in Bezug auf Polen

⁴ Rauschning, Gespräche mit Hitler, Europa-Verlag, Zürich 1940, S. 126. 113.

stammt aus dem Jahr 1934, dem gleichen Jahr, in dem Hitler mit Polen einen zehnjährigen Konsultativ- und Freundschaftsvertrag abschloß, den er 1939 ebenso brach wie Stalin den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom Jahr 1932, der bis Ende 1945 lief. Hitler führte zunächst die deutsche Aufrüstung durch und verwirklichte seine annexionistischen Ziele gegenüber Österreich und der Tschechoslowakei. Als er dies alles unter einer unbegreiflichen Duldung der Westmächte erreicht und überdies im August 1939 in Moskau einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte, der in einem Geheimprotokoll bereits die Aufteilung Polens vorsah, schlug er am 1. September 1939 los. Polen wurde in einem Blitzfeldzug überrannt. Sofort danach rückten die sowjetischen Truppen vom Osten her ein und nahmen gemäß der Vereinbarung mit Hitler Ostpolen in Besitz.

So war das unglückliche Land ganz in der Gewalt der beiden furchtbaren Mächte und unterlag ihrer unmenschlichen Herrschaft. Die sowjetischen Behörden begannen in Ostpolen sofort mit Verhaftungen und Verschleppungen. Die nationalsozialistischen Formationen aber gingen an die Durchführung der Ideen Hitlers: Ausrottung der polnischen Oberschicht — Frondienst der breiten Masse. Teile Polens wurden Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien angegliedert, in Westpolen ein „Warthegau“ errichtet und der kümmerliche Rest als Generalgouvernement bezeichnet. In diesem Warthegau wurden wiederholt Volksdeutsche aus dem Ausland angesiedelt. Um Platz zu schaffen, wurden 1200000 Polen und 300000 Juden in das Generalgouvernement gebracht. Die Vernichtung der Juden wurde dann mit aller Grausamkeit durchgeführt, so daß von $3\frac{1}{4}$ Millionen Juden noch nicht hunderttausend übrigblieben; Auschwitz, polnisch Oswiecim, liegt in Polen unweit von Krakau. Im ganzen verlor Polen im zweiten Weltkrieg über 6 Millionen Menschen, 22 Prozent der gesamten Bevölkerung.

Im Verfolg seiner Pläne der Unterjochung Osteuropas griff Hitler dann im Juni 1941 die verbündete Sowjetunion an. So kam ganz Polen über drei Jahre unter deutsche Okkupation. Da aber der militärische und politische Dilettantismus Hitlers trotz großer Anfangserfolge zu einem schweren Rückschlag führte — im Januar 1943 fiel Stalingrad — war umgekehrt gegen Kriegsende der frühere polnische Staat völlig von sowjetischen Truppen besetzt und sein Schicksal daher von Moskau abhängig. Stalin hatte noch während des Kriegs für diesen Fall gut vorgearbeitet. Auf der Konferenz in Teheran und Jalta hatte er die Zustimmung seiner westlichen Alliierten erreicht, die der Sowjetunion durch das Abkommen mit der Regierung Hitlers zugefallenen polnischen Ostgebiete zu behalten, wobei er sich darauf berufen konnte, daß die Alliierten nach dem ersten Weltkrieg einen ähnlichen Verlauf der polnischen Ostgrenze mit der sogenannten Curzonlinie vorgesehen hatten. Ebenso hatte er durchgesetzt, daß Polen weitgehend durch deutsches Gebiet entschädigt werden sollte, wobei die Oder-Neisse-Linie als Grenze des polnischen Verwaltungsgebiets bestimmt wurde. Dagegen gelang es ihm nicht, die Zustimmung der Westmächte dazu zu erlangen, daß diese Linie

die endgültige deutsch-polnische Grenze werden sollte. Vielmehr wurde noch in der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 ausdrücklich festgesetzt und auch von sowjetischer Seite unterzeichnet, daß die Bestimmung der deutsch-polnischen Grenze dem Friedensvertrag vorbehalten sei. Stalin war es auch, der den Gedanken der Aussiedlung der Deutschen aus den Polen überlassenen Gebieten durchsetzte. Zwar sollte diese, wie es im Protokoll der Potsdamer Konferenz heißt, „in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen“. Sie geschah aber in der Form einer barbarischen und greuelvollen Austreibung, bei der sich der durch die nazistischen Schandtaten in Polen aufgespeicherte Haß in furchtbarer Weise austobte. Das kostete Hunderttausenden von Männern, Frauen und Kindern das Leben.

Stalin erstrebte und erreichte, daß auch Polen ein politisch und wirtschaftlich von Moskau abhängiger Staat mit kommunistischer Gesellschaftsordnung wurde, ein „Satellit“. Noch während des Kriegs war er bemüht, den Einfluß des national gesinnten Polentums einschließlich der polnischen Exilregierung in London auszuschalten und die Einsetzung einer kommunistischen Regierung vorzubereiten. Mehr als 10000 polnische Offiziere, die beim Vormarsch der deutschen Truppen auf sowjetisches Gebiet übergetreten waren, ließ er internieren, durch Genickschuß ermorden und in einem Massengrab bei Katyn verscharren, wo sie Jahre danach von den vordringenden Deutschen aufgefunden wurden. Neutrale Fachmediziner stellten fest, daß ihre Leichen längst dort in der Erde lagen, ehe deutsche Truppen dieses Gebiet betraten. Eine zweite national gesinnte militärische Gruppe, die in Warschau noch unterirdisch bestand, wurde dadurch vernichtet, daß die Führung der vorrückenden sowjetischen Armee sie im Herbst 1944 durch Funkpruch zum Aufstand ermunterte, dann aber untätig am anderen Ufer der Weichsel stehen blieb, bis die Deutschen diesen Aufstand niedergerungen hatten. Dann wurde eine von Moskau ausgesuchte provisorische polnische Regierung in Warschau eingesetzt. Mit Mühe erreichte Churchill, der darum besorgt war, dem neuen polnischen Staat einen demokratischen Charakter zu erhalten, daß in diese Regierung auch Mitglieder der polnischen Exilregierung, darunter deren Ministerpräsident Mikolajczyk, aufgenommen und die Abhaltung freier Wahlen zugesichert wurde. Diese Wahlen fanden schließlich im Januar 1947 statt. Durch Wahlterror und Wahlfälschungen, gegen die der englische und der amerikanische Botschafter protestierten, wurde eine kommunistische Mehrheit erzielt. Mikolajczyk schied unter Protest aus der Regierung aus und flüchtete ins Ausland.

Planmäßig begann dann nach einer Übergangszeit von wenigen Jahren die totale kommunistische Ausrichtung des polnischen Staates, seine Unterstellung unter Moskau, die Einführung der kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, zugleich auch die rücksichtslose Ausbeutung zugunsten Sowjetrußlands. Widerstrebende Elemente, wie der Parteisekretär Gomulka, wurden abgesetzt und in Haft genommen. Jetzt setzte auch der Kampf gegen die katholische Kirche ein. Erzbischof Wyszynski und andere

Bischöfe wurden an der Ausübung ihres Amtes verhindert und interniert. Wie in anderen Satellitenstaaten wurde versucht, eine prokommunistische Bewegung „progressiver“ Katholiken aus Priestern und Laien großzuziehen, die „Pax“-Bewegung, die erhebliche Vorteile und Begünstigungen genoß und als Gegenleistung unter anderem im Ausland schönfärbende Darstellungen über die Lage der katholischen Kirche in Polen verbreitete.

Gefügige Handlanger Moskaus wie der Staatspräsident Bierut und die sowjetischen Kontrolleure in der Armee und in den Behörden hielten Polen etwa sieben Jahre unter dem Druck einer unmenschlichen Fremdherrschaft. Dann aber kam eine Bewegung des Widerstands zum Durchbruch, die einerseits eine Revolte der Arbeiterschaft gegen ihre elenden Lebensbedingungen war und zu dem Posener Aufstand vom 23. Juni 1956 führte, andererseits ein Aufbegehren der Intellektuellen, besonders der Studenten und der Schriftsteller, gegen den engherzigen geistigen Zwang des Regimes. Diese Bewegung, die nach einem gleichnamigen russischen Roman die Bezeichnung „Tauwetter“ bekommen hat und sich auch in anderen Satellitenstaaten, ja in der Sowjetunion selbst zeigte, dürfte durch die bis heute noch nicht abgeschlossenen Machtkämpfe in Moskau nach dem Tode Stalins den Mut gefunden haben, nach außen hin aufzutreten. In Ungarn führte sie zu einem von der Sowjetregierung mit allen Mitteln des Terrors unterdrückten Aufstand. In Polen gelang es dem wieder an die Macht gekommenen Gomulka, die sowjetische Bevormundung weitgehend abzuschütteln, ohne der Sowjetregierung Anlaß zu einem gewaltsamen Eingreifen zu geben. Denn an dem Kommunismus hielt er fest, der aber ein eigener polnischer Kommunismus, ein „Sozialismus der Menschlichkeit“ sein sollte. Der aus der Haft entlassene, inzwischen zum Kardinal ernannte Erzbischof Wyszynski setzte seinerseits seinen ganzen Einfluß ein, das Volk von einem Aufstand zurückzuhalten, für den ohne Zweifel der Boden vorhanden war. Gomulka suchte, wie er es schon früher vor seiner Ausschaltung getan hatte, eine Verständigung mit der Kirche, eine „Koexistenz“. „Auf unserem Wege zum Sozialismus“, sagte er im Mai d. J. vor dem Zentralkomitee der Partei, „tragen wir der Tatsache Rechnung, daß in Polen Millionen von römisch-katholischen Gläubigen leben.“ Die Treue dieser Gläubigen — schon Papst Pius XI. hatte Polen als „Polonia semper fidelis“ bezeichnet — trug damit ihre Früchte. Die Pax-Bewegung dagegen trat zurück, und im Sommer d. J. verbot der Vatikan dem Klerus die Mitarbeit an ihrer publizistischen Tätigkeit. Vorher hatte Kardinal Wyszynski endlich nach Rom reisen können, um die Insignien seiner Würde entgegenzunehmen.

Bis zum vorigen Jahr war Polen im Grunde nur ein sowjetisches Gouvernement. Es steht auch heute noch im politischen und ideologischen Machtbereich des Kommunismus. Aber es ist ihm gelungen, sich eine wesentliche geistige, politische und wirtschaftliche Selbständigkeit zu erkämpfen. Damit ist die Frage der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen in den politischen Gesichtskreis gerückt. Auf deutscher wie auf polnischer Seite

zeigt sich dies in vielen und zum Teil recht beachtlichen Äußerungen. So wies Gomulka bei seinem Besuch in der Ostzone im Sommer d. J. dreimal darauf hin, daß Polen an guten Beziehungen zu ganz Deutschland, also auch zur Bundesrepublik interessiert sei. Und der Bundeskanzler bemerkte Anfang August d. J. in einer Pressebesprechung, daß nach den Bundestagswahlen auch die Zeit komme, die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen aufzugreifen.

Solche Beziehungen in der Form eines gesteigerten wirtschaftlichen Austauschs lassen sich ohne größere Schwierigkeiten aufnehmen. Schon bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen stößt man aber auf grundsätzliche Hindernisse, da ja die Bundesregierung Beziehungen zu Staaten, die das Scheingebilde der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt haben, aus guten Gründen ablehnt. Aber das deutsch-polnische Verhältnis erfordert eine tiefer gehende Bereinigung und Neugestaltung. Zwar ist die Auffassung von einer deutsch-polnischen Erbfeindschaft oberflächlich und irrig. Auch die Zeit der preußischen Ostmarkenpolitik spielt heute keine Rolle mehr. Zudem hat die Bundesregierung als politisches, ohne Gewalt zu erreichendes Ziel die Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 aufgestellt, also auf Ansprüche auf solches deutsches Gebiet verzichtet, das durch den Vertrag von Versailles an Polen gefallen war. Doch liegt aus der Zeit des zweiten Weltkriegs Vieles und Schweres zwischen Deutschland und Polen. Die unselige Gewaltherrschaft Hitlers hat über Polen namenloses Leid gebracht, und die Greuel der Austreibung der Deutschen bei Kriegsende und danach haben Millionen Deutschen die Existenz und Hunderttausenden das Leben gekostet. Es wäre eine gefühlsrohe und amoralische Denkweise, wenn man daraus den Schluß zöge, die Untaten von beiden Seiten glichen sich aus. Sie können nur in christlichem Geiste beiderseits verziehen werden, aus der Erkenntnis heraus, daß höllische Dämonen, verkörpert in Hitler und Stalin, den Sinn der Menschen verwirrt und vergiftet haben. Diesen psychologischen Gegensatz, um an die Darstellung von Nell-Breunings zu erinnern, gilt es zunächst zu überwinden und damit den Boden zu bereiten für eine reale Verständigung, eine praktische Annäherung und konkrete Schritte.

Hätten Polen und Deutschland es hierbei nur miteinander zu tun, so könnte man rasch an solche Schritte herangehen. Aber es gibt hier schwierige politische Hindernisse, die Spaltung Deutschlands und die unnatürliche Grenzziehung der Oder-Neisse-Linie, die von Pankow und Moskau in propagandistischer Umkehrung der wahren Verhältnisse unrichtig als „Friedensgrenze“ bezeichnet wird. Die Sowjetregierung freilich hat das gegenteilige Interesse der Aufrechterhaltung dieser Unruheherde in Europa. Die freie Welt aber steht in beiden Fragen auf der Seite Deutschlands, und in den noch ausstehenden großen politischen Auseinandersetzungen, so muß man hoffen, wird es endlich zur Beseitigung dieser häßlichen Überbleibsel aus der Kriegszeit kommen.

Eine Änderung der deutsch-polnischen Grenze müßte in gutem Einvernehmen mit Polen geschehen. Es ist dabei von Bedeutung, daß die an Polen gefallen deutschen Gebiete entvölkert und verwahrlost sind. Zu Zehntausenden streben Deutsche, die noch in Polen verblieben waren, nach Deutschland, ja, es hat sich herausgestellt, daß neuerdings unter den sogenannten „Autochthonen“, den ursprünglichen Bewohnern dieser Gebiete, die bisher bemüht waren, als Polen anerkannt zu werden, eine starke Strömung vorhanden ist, eine deutsche Volkszugehörigkeit geltend zu machen und — abzuwandern. Eine solche Entwicklung zeigt, daß für Polen und Deutschland ein gemeinsames Interesse vorliegt, den früheren Wohlstand jenseits der Oder und Neisse wiederherzustellen. Ein deutsch-polnisches Abkommen, analog der Verständigung über die Abwanderung von Deutschen zur Wiedervereinigung getrennter Familien, könnte die Rückwanderung von Heimatvertriebenen nach Polen regeln, und, wie aus der deutschen Einwanderung im Mittelalter, würde das heutige Polen aus dieser Rückwanderung reichen Gewinn ziehen.

Die formelle Grenzänderung ist ein besonders schwieriges Problem. Offizielle polnische Persönlichkeiten lehnen sie schon deswegen ab, weil sie sonst Nackenschläge von Moskau befürchten müssen, das wiederholt erklärt hat, diese Grenze verteidigen zu wollen. Völkerrechtlich aber geht eine Änderung den russischen Staat dann nichts an, wenn Polen mit einer Änderung einverstanden wäre. Die Geneigtheit in Polen zu einer Revision der Oder-Neisse-Grenze wüchse stark, wenn die Möglichkeit bestände, daß es seine Ostgebiete zurückerhielte, was freilich nur bei einem Zusammenbruch der Sowjetunion denkbar wäre. Im polnischen Volk selbst ist ein starkes Gefühl der Unsicherheit in Bezug auf den Bestand der Oder-Neisse-Grenze vorhanden; das zeigt das Widerstreben, sich in den früher deutschen Landstrichen anzusiedeln.

Die politische Grenzrevision wäre natürlich dann eine heikle Angelegenheit, wenn sie für Polen die Aufgabe des bisher verwalteten Gebiets ohne eine Gegenleistung bedeutete. Eine solche Gegenleistung könnte auf wirtschaftlichem Gebiet liegen, zumal Polen in dieser Hinsicht einer Hilfe dringend bedarf. Denkbar wäre auch eine Lösung in größerem Rahmen, in der Form eines Kondominiums oder sogar einer Union, die einen Block von 90 Millionen Menschen schüfe, und schließlich im Zeichen der fortschreitenden Einigung Europas, womit zugleich sinngemäß und bedeutungsvoll zum Ausdruck gebracht würde, daß Polen zu Europa gehört und auch staatsrechtlich zu Europa zurückkehrt.

Es ist noch ein weiter Weg bis zu einem deutsch-polnischen Ausgleich. Aber ein Anfang kann und muß schon jetzt gemacht werden. Und dieser Anfang sollte vor allem darin bestehen, daß Herzen und Sinne auf beiden Seiten sich diesem Gedanken öffnen.⁵

⁵ Über das Problem des vorstehenden Aufsatzes erscheint demnächst im Isar-Verlag in München ein Buch des Verfassers mit dem Titel „Polen und Deutschland“.